

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Vericht der Generalkommission für das Jahr 1913	281	Jahresbericht der Unterstützungsvereinigung für das	294
Jahresbericht des Central-Arbeitsnachweis für das		Jahr 1913	
Jahr 1913	291	Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	296

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1913.

Allgemeines.

Kaum hatten die Gewerkschaften die verheerenden Wirkungen der Wirtschaftskrise von 1908/09 überwunden, als von neuem eine Verschlechterung der Wirtschaftslage sich bemerkbar machte. Das Jahr 1913 stand bereits im Zeichen der niedergehenden Konjunktur. Die im Reichsarbeitsblatt veröffentlichten Berichte der Arbeitsnachweise, der Krankenkassen und der Fachverbände lassen keinen Zweifel darüber, daß die Beschäftigungsmöglichkeit sich rapide verschlechtert hat. Die Arbeitslosigkeit mit ihren schrecklichen Folgen von Not und Entbehrung, Krankheit und Verbrechen ist eine furchtbare Geißel. Sie untergräbt die Volkskraft nicht minder als die Seuchen, von denen die Menschheit früher heimgesucht wurde. Der moderne Staat hat alles menschenmögliche getan, um das Auftreten und die Verbreitung von Seuchen zu verhindern — und mit Erfolg. Den Kampf auch gegen die mit einer gewissen Regelmäßigkeit von Zeit zu Zeit auftretende Arbeitslosigkeit aufzunehmen, lehnt der Staat ab. Nicht einmal dazu läßt er sich herbei, die Folgeerscheinungen der Arbeitslosigkeit durch geeignete Maßnahmen zu lindern. Unter den Wirkungen der Arbeitslosigkeit leidet eben nur die Arbeiterklasse, während die Seuchen alle Volksschichten bedrohten, vor den Palästen nicht haltmachten und arm und reich unterschiedslos dahintrafften. Die Opfer der modernen kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind lediglich auf die Selbsthilfe angewiesen. Der Staat hat nichts für sie übrig. Die Sozialdemokratie hat im Reichstage wie in den Landtagen der Einzelstaaten eindringlich Hilfe für die Opfer der Arbeitslosigkeit gefordert. Leider ohne nennenswerten Erfolg. Im Reichstage erklärte der Staatssekretär Dr. Delbrück auf die sozialdemokratische Interpellation über die reichsgesetzliche Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung am 5. Dezember 1913:

1. eine alle Arbeiter und Angestellten umfassende gesetzliche Arbeitslosenversicherung sei zurzeit noch nicht reif;
2. sei nicht daran zu denken, selbst wenn die Schwierigkeiten gegen die Durchführung einer solchen Versicherung sich überwinden ließen, solange nicht Handel, Industrie und Landwirt-

schaft die neuen Belastungen durch die Reichsversicherungsordnung verarbeitet hätten;

3. müsse zunächst die Arbeitslosenstatistik ausgebaut und müsse weiter ein sachgemäßer Ausbau der Arbeitsnachweise geschehen.

Auf eine reichsgesetzliche Aktion zugunsten der Arbeitslosen ist also für absehbare Zeit nicht zu rechnen. Die Gemeinden und Einzelstaaten zeigen gleichfalls wenig Neigung, den Arbeitslosen Hilfe zu leisten. Erst in 14 Gemeinden ist bisher eine Unterstützung an Arbeitslose vorgesehen. Dabei meist in unzureichender Weise. Die Einzelstaaten haben positive Leistungen überhaupt nicht aufzuweisen. Immerhin scheint die Erkenntnis, daß es im öffentlichen Interesse liegt, den Arbeitslosen Hilfe zu bringen, sich bei den Regierungen der Einzelstaaten langsam durchzuringen, wie die Vorgänge in Bayern und Württemberg beweisen. Die organisierte Arbeiterschaft wird im Kampfe um eine ausreichende Arbeitslosenfürsorge nicht erlahmen, bis den Opfern der kapitalistischen Produktionsweise endlich Hilfe zuteil geworden ist.

Die von den herrschenden Gewalten mit ausgeprägter Abneigung behandelten Gewerkschaften haben während der Krisenzeit namhafte Summen an die Arbeitslosen gezahlt. Vielen tausenden Arbeiterfamilien ist dadurch Hilfe geworden. Trotz des gemeinnützigen Wirkens der Gewerkschaften wird der Kampf gegen sie nicht nur von den Unternehmern, sondern auch von der Staatsgewalt mit bekannter Schneidigkeit geführt. Das „liberale“ Reichsvereinsgesetz vom Jahre 1908 wird in durchaus schändlicher Weise gegen die gewerkschaftlichen Organisationen angewandt. Auf Anweisung des preussischen Polizeiministers sollen in Preußen die Gewerkschaften für politische Vereine im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes erklärt werden. Hauptzweck dieser Aktion ist, den Gewerkschaften die Aufnahme jugendlicher Personen unter 18 Jahren unmöglich zu machen und dadurch die Kampfesfähigkeit der Gewerkschaften zu schwächen. Alle anderen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Unternehmer läßt man ungeschoren, obgleich bei Anwendungen gleicher Grundsätze alle jene Organisationen als politische Vereine erklärt werden müßten. Der Reichstag beschäftigte sich Anfang

Die Beteiligung an den Krankenkassenwahlen war in vielen Orten nicht befriedigend. Die Gewerkschaften werden in Zukunft eine energischere Tätigkeit für die Vorbereitung der sozialen Wahlen entwickeln müssen, wenn sie ihrer wirklichen Stärke entsprechend in den sozialen Institutionen vertreten sein wollen. Eine Zusammenstellung der Wahlergebnisse wird im Anschluß an die Statistik der Gewerkschaftstartelle veröffentlicht werden.

Die ungünstige Wirtschaftslage ist nicht ganz ohne Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaften geblieben. Soweit Angaben über den Mitgliederbestand am Jahresluß vorliegen, ist gegenüber dem Jahresdurchschnitt der Mitgliederzahl des Vorjahres ein kleiner Zuwachs zu verzeichnen. Dagegen ist vom Jahresluß 1912 bis Ende des Berichtsjahres ein allerdings nicht erheblicher Rückgang in der Mitgliederzahl eingetreten.

Die Konzentrationsbestrebungen unter den Gewerkschaften haben im Berichtsjahr einige positive Ergebnisse gezeitigt. Der Lagerhalterverband hat sich mit dem Centralverband der Handlungsgehilfen vereinigt. Der Verband der Blumen-, Blätter- und Federarbeiter hat sich dem Fabrikarbeiterverband angeschlossen.

Die Verbände der Bauarbeiter und der Maler haben im Berichtsjahr die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Ein Fortschritt auf organisatorischem Gebiet, der freudig zu begrüßen ist.

An Lohnbewegungen war das Jahr 1913 trotz der vorherrschenden schlechten Konjunktur nicht arm. Erfolge wurden leider nur bei den großen Tarifbewegungen im Baugewerbe, in der Holzindustrie und im Malergewerbe errungen. Während die Tarifbewegungen im Baugewerbe und in der Holzindustrie unter Mitwirkung der Unparteiischen friedlich zugunsten der Arbeiter beendet wurden, kam es im Malergewerbe zu einer Aussperrung, weil die Unternehmer sich weigerten, den Schiedsspruch der Unparteiischen anzuerkennen. Nach zehnwöchigem Kampf mußten die Unternehmer kapitulieren und den Schiedsspruch anerkennen. Die Unternehmerorganisation hatte sich eine schwere Niederlage geholt. Kämpfe von größerer Bedeutung wurden geführt in der Binnenschifffahrt, in den Färbereien Krefelds, in der Stuttgarter Metallindustrie, in der Berliner Herrenkonfektion und im Stettiner Hafen, ohne daß besondere Erfolge für die Arbeiter erzielt werden konnten. Außerordentlich bedauerlich sind die Vorgänge auf den Werften. Die Arbeiter der Schiffbauindustrie gingen unter Bruch der gewerkschaftlichen Disziplin eigenmächtig vor und legten die Arbeit nieder, ohne den Abschluß der schwebenden Verhandlungen abzuwarten. Nach Lage der Dinge blieb den in Frage kommenden Organisationen nichts anderes übrig, als diesem übereilten Vorgehen die Sanktion zu versagen. Die unangenehmen und betrübenden Begleiterscheinungen jenes Disziplinbruches werden hoffentlich dazu beitragen, daß in Zukunft ähnliche Dinge sich nicht wiederholen.

Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft Volksfürsorge hat am 6. Mai 1913 die Genehmigung zum Betrieb des Versicherungsgeschäfts von dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung erhalten. Der Geschäftsbetrieb ist am 1. Juli 1913 eröffnet worden. Vom 7. Juli bis zum 31. Dezember v. Js. sind 74 746 Versicherungsanträge mit einer Versicherungssumme

von 13¼ Mill. Mk. eingegangen. Wenn man bedenkt, daß die örtliche Organisation der Volksfürsorge erst langsam unter Ueberwindung zahlloser Schwierigkeiten aufgebaut werden muß, wird man mit dem Resultat der Arbeit des ersten Halbjahres zufrieden sein können. Weder die strupellosen Verdächtigungen der Volksfürsorge durch private Versicherungsgesellschaften noch die Konkurrenz der eigens zur Bekämpfung der Volksfürsorge gegründeten Deutschen Volksversicherungs-Aktiengesellschaft haben der Entwicklung unseres Unternehmens ernstliche Schwierigkeiten bereiten können.

Die proletarische Jugendbewegung kann weitere schöne Fortschritte verzeichnen, obwohl ihre Bekämpfung durch Behörden und staatlich geförderte Jugendbewegung weder an Schärfe noch an Umfang nachgelassen hat.

In vielen Orten wurde das Versammlungsrecht der jugendlichen Anhänger unserer Bewegung völlig aufgehoben. Zusammenkünfte, auch solche geselliger Art und in Gemeinschaft mit den Eltern, wurden verboten. Durch entsprechende Klauseln in Lehrverträgen wurde den Lehrlingen das Recht, ihre arbeitsfreie Zeit im Kreise ihrer Kameraden und Eltern zu verbringen, geraubt. Die Gewerkschaftsfunktionäre sollten ihren ganzen Einfluß auf die organisierten Arbeiter ausbieten, um zu verhindern, daß derartige Verträge, die den Arbeitereltern das Bestimmungs- und Erziehungsrecht ihrer Kinder nehmen, abgeschlossen werden.

Andererseits betrieben die bürgerlichen Jugendvereine, unterstützt von staatlichen und städtischen Organen, eine fieberhafte Werbearbeit, um die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen an sich zu locken.

Aber alle Maßnahmen gegen die proletarische Jugendbewegung haben nicht vermocht, ihre Vorwärtsentwicklung aufzuhalten. Die Zahl der Anhänger, die der Abonnentenstand der „Arbeiter-Jugend“, des publizistischen Organs der proletarischen Jugendbewegung, ausdrückt, ist von 90 000 auf 103 000 gestiegen.

Die Centralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, an der auch die Generalkommission beteiligt ist, war bemüht, die Agitation für die Jugendbewegung der Arbeiterschaft zu fördern und die proletarischen Jugendleiter in ihrer Arbeit zu unterstützen. Zur Gewinnung von Abonnenten für die „Arbeiter-Jugend“ hat sie ein neues Flugblatt gegeben, das gegen Ende des Geschäftsjahres herausgegeben und in 36 000 Exemplaren verlanget wurde. Einige der älteren Flugblätter erschienen in neuer Bearbeitung. Die Agitation unter der weiblichen Jugend wurde angeregt und gefördert durch die Herausgabe des Flugblatts „An die junge Arbeiterin“ und der Propagandaschrift „Komm zu uns!“ Das Flugblatt wurde in 8500 Exemplaren, die Schrift in 46 810 Exemplaren abgesetzt. Die Agitationschrift „Gehörst Du zu uns!“ wurde in 68 965 Exemplaren verbreitet. Insgesamt versandte die Centralstelle 560 500 Flugblätter. Der Kampf gegen den Alkoholenuß, der seit Beginn der proletarischen Jugendbewegung von ihren Funktionären eifrig betrieben wird, erhielt in dem Flugblatt „Die Jugend und das Trinken“ eine neue wirkungsvolle Waffe. Das Blatt fand 73 000 Abnehmer. Auf die Ausgestaltung der Jugendwanderungen wurde durch Herausgabe der Schrift „Wie soll man wandern?“ einzuwirken gesucht. Die Wanderungen der proletarischen Jugend sollen nicht nur der körperlichen Erholung, sondern auch der geistigen Erfrischung und Belehrung dienen. Die Schrift wurde in 7100 Exemplaren abgesetzt.

Februar dieses Jahres mit der bei Verabschiedung des Gesetzes von der Regierung versprochenen „loyalen Anwendung“ des Reichsvereinsgesetzes. Alle Parteien mit Ausnahme der Konservativen waren einig in der scharfen Zurückweisung der von Polizei und Gerichten beliebten Anwendung des Reichsvereinsgesetzes. Mit starker Mehrheit wurden am 6. Februar Anträge der Sozialdemokraten, des Centrums und der Polen angenommen, durch die u. a. die Aufhebung bzw. Abänderung der Bestimmungen über die Anmeldung und Uebersetzung politischer Versammlungen, des Gebrauchs fremder Sprachen und der Teilnahme jugendlicher Personen an Vereinen und Versammlungen gefordert wurden. Eine erzieherische Wirkung scheinen die Erörterungen im Reichstage auf die Polizeibehörden nicht ausgeübt zu haben. Der Berliner Polizeipräsident hat mit der von langer Hand vorbereiteten Aktion gegen die Gewerkschaften begonnen. Sechs Organisationen haben die Aufforderung erhalten, das Statut und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzurichten. Wenn man glaubt, durch derartige Schikanen die gewerkschaftliche Entwicklung aufzuhalten, so irrt man sich. Man kann den Gewerkschaften zwar vorübergehend Schwierigkeiten bereiten, mehr aber nicht. Die Gewerkschaften sind im ständigen Kampf gegen Polizeivillkür und Klassenjustiz groß und stark geworden. Auch die neuesten Attacken der Polizeibehörden werden lediglich dazu beitragen, die Kampfesfreudigkeit und den Opfermut der organisierten Arbeiterschaft zu stärken und dadurch indirekt die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen zu fördern.

Auch die Heße der Scharfmacher gegen das unzulängliche Koalitionsrecht wird unermüdet weiter betrieben. In verschiedenen Einzellandtagen sind Resolutionen zur Annahme gelangt, durch welche ein verstärkter Schutz der Arbeitswilligen und ein Verbot des Streikpostenstehens verlangt wird. Im Reichstage haben die Konservativen wie in früheren Jahren auch bei der diesjährigen Beratung einen Antrag eingebracht:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuches dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechts geschaffen, dem immer scharfer ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern entschieden entgegengetreten, insbesondere aber das Streikpostenstehen verboten wird.“

Der Antrag wurde am 6. Februar 1914 gegen die Stimmen der Konservativen und der Abgeordneten Dr. Becker-Bingen-Alzen, Meyer-Celle und Start-Friedberg-Wüdingen abgelehnt.

Der Reichskanzler erklärte, daß eine Denkschrift über Koalitionszwang und -vergehen herausgegeben werden solle, in der die Erfahrungen, die bei Arbeitsstreitigkeiten in Deutschland und in anderen Ländern gemacht worden sind, zusammengestellt werden sollen. Der Reichstag stimmte einem Antrage Giesberts und Genossen zu, wonach die Erhebungen und Feststellungen der angekündigten Regierungsdenkchrift sich auch ausdehnen sollen auf solche Auswüchse des Koalitionswesens im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, die nicht von Arbeitern und Angestellten und deren Koalitionen, sondern von anderen Gesellschaftsschichten veranlaßt wurden.

Der Genosse Wolfgang Heine rechnete in einer groß angelegten Rede mit dem unehrlichen Terrorismusgeheiß gegen die Gewerkschaften ab und zeigte an zahlreichen Beispielen, daß die wahren Terroristen im Lager der Scharfmacher zu finden sind. Heine übte an dem Verhalten der Polizei- und Verwaltungsbehörden gegen die organisierte Arbeiterschaft und der Rechtsprechung der Gerichte eine vernichtende Kritik. Er verlangte, daß zunächst einmal Gleichheit zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Ausübung ihrer Rechte geschaffen werde. Die Heinesche Rede ist ganz besonders geeignet, Aufklärung über die volksfeindlichen Bestrebungen der Scharfmacher, das koalitionsfeindliche Verhalten der Staatsorgane und die Notwendigkeit eines freien Koalitionsrechts zu schaffen. Die Generalkommission hat deshalb die Heinesche Rede als Broschüre unter dem Titel „Der Kampf um das Koalitionsrecht“ zur Massenverbreitung herausgegeben.

Dem Kampf für ein freies Koalitionsrecht dient auch eine andere Ende des Jahres 1913 herausgegebene umfangreiche Schrift: „Das Koalitionsrecht in Deutschland“, über deren Bedeutung und Inhalt weiter unten nähere Mitteilungen gemacht sind.

In Uebereinstimmung mit dem feindseligen Verhalten der Staatsorgane gegen die Gewerkschaften steht auch die Entwicklung auf sozialpolitischem Gebiete. Das Gesetz über die Einschränkung bzw. das Verbot der Konkurrenzklausele gegenüber den Handlungsgehilfen ist immer noch nicht fertiggestellt. Die Regierung hat dem vom Reichstage umgestalteten Entwurf trotz seiner unzureichenden Bestimmungen ein Unannehmbar entgegengestellt. Die bürgerlichen Parteien sind deshalb am Werk, eine weitere Verschlechterung des Gesetzentwurfes den Wünschen der Regierung entsprechend vorzunehmen. Mit dem Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wird es genau so gehen. Die bürgerlichen Parteien haben zwar ohne Ausnahme den Handlungsgehilfen die weitgehendsten Versprechungen gemacht. Sie sind aber unter dem starken Druck der Handelskammern und anderer Unternehmerorganisationen bereits auf dem Rückzuge. Der freikiehung Berg wird wahrscheinlich nur ein Mühslein gebären. Für eine wirkliche arbeiter- und angestelltenfreundliche Gesetzgebung fehlt den bürgerlichen Parteien der ernste Wille. Andere sozialpolitische Vorlagen von irgendwelcher Bedeutung hat die Reichsregierung dem Reichstage nicht vorgelegt.

Die rückschrittlichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung kommen der Arbeiterschaft erst jetzt, nachdem das 2. Buch betr. die Krankenversicherung in Kraft getreten ist, in vollem Umfange zum Bewußtsein. Das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten ist nur noch ein Schemen, die Macht der Bureautratie schrankenlos. Dies zeigte sich recht deutlich bei der Durchführung der Neuorganisation der Träger der Krankenversicherung und der Wahlen zu den Krankenkassen. Gegen die Uebergriffe der Bureautratie wurde im Reichstage gelegentlich der Statsberatung durch die sozialdemokratischen Redner scharfer Protest erhoben. Angesichts der deutlich erkennbaren Bestrebungen, die winzigen Rechte der Versicherten noch weiter einzuschränken und die Macht der Verwaltungsbehörden zu erweitern, ist es doppelt notwendig, tüchtige Arbeitervertreter in die Organe der Krankenkassen und für die Versicherungsbehörden zu wählen.

markt" nunmehr im Bureau der Generalkommission fertiggestellt wird. Mit den dazu nötigen Vorarbeiten wurde bereits im Berichtsjahr begonnen.

Die statistische Kommission beschäftigte sich in zwei Sitzungen mit Vorschlägen zu einem weiteren Ausbau der Streikstatistik. Da diese Vorschläge jedoch zum Teil eine wesentliche Abänderung der Formulare notwendig machen, ist von deren Durchführung zunächst Abstand genommen worden. Nach einer mit der Kommission getroffenen Vereinbarung wird im Herbst d. J. eine eingehende Beratung sämtlicher streikstatistischer Formulare stattfinden und diese dann, soweit erforderlich, neu herausgegeben werden.

Die französische Sektion der Internationalen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ersuchte die Generalkommission um Ueberlassung einiger graphischer Darstellungen über die Entwicklung und den Ausbau der Arbeitslosenfürsorge in den Zentralverbänden für die Internationale Städtebauausstellung in Lyon. Diesem Wunsche wurde durch Anfertigung von fünf größeren Zeichnungen entsprochen. Anlässlich des in diesem Jahre stattfindenden 9. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands soll eine Neuauflage der graphischen Darstellungen über die Entwicklung der Gewerkschaften erfolgen.

Internationale Verbindung.

Die 8. internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landescentralen tagte vom 16. bis 18. September in Zürich. Sie beschloß unter anderem, den Namen des Internationalen Sekretariats abzuändern in „Internationaler Gewerkschaftsbund“. Zum Präsidenten des Bundes wurde der Genosse Legien gewählt. Die internationale Gewerkschafts-korrespondenz soll in englischer, französischer und deutscher Sprache herausgegeben werden. Zur Deckung der Unkosten für diese Einrichtung sind die Beiträge für das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf 4 Mk. pro 1000 Mitglieder der angeschlossenen Organisationen und pro Jahr erhöht. Der bisherige Beitrag betrug 1,50 Mk. pro 1000 Mitglieder. Die Konferenz nahm u. a. auch Stellung zum Verbot der Nachtarbeit und dem gesetzlichen Achtstundentag. Sie richtete an die Arbeitervertreter der Parlamente der verschiedenen Länder das dringende Ersuchen, wo es nicht schon geschehen ist, demnächst Anträge einzubringen resp. zu erneuern, durch welche das Verbot der Nachtarbeit für diejenigen Arbeiterkategorien und Industriezweige, in denen nicht dringende Umstände dieselbe notwendig machen, ausgesprochen wird und daß sie gleichfalls Anträge einbringen mögen auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentages.

Um einen Ueberblick über die Behandlung dieser Frage in den gesetzgebenden Körperschaften der verschiedenen Länder zu gewinnen, werden die Vorstände der angeschlossenen Landesorganisationen der verschiedenen Länder aufgefordert, in ihren Jahresberichten an das Internationale Sekretariat Mitteilungen über die Behandlung der Anträge und über den Verlauf der Verhandlungen in den verschiedenen Ländern zu liefern. Beschlossen wurde ferner, daß ausländische Arbeiter ihre Gewerkschaftsbeiträge in dem Lande zu entrichten haben, in dem sie sich befinden.

Im Anschluß an diese Konferenz tagte am 19. September v. J. am gleichen Ort die erste Konferenz der internationalen Berufssekretäre. Sie verhandelte über die Einheitlichkeit der Berichterstattung und der internationalen Gewerkschaftsstatistik sowie

darüber, was die nationalen Landessekretäre tun können, um den Anschluß der Gewerkschaften an die internationalen Berufssekretariate zu bewirken. Die Ausarbeitung gemeinsamer statistischer Formulare wurde einer Kommission von 3 Personen übertragen. Gewählt wurden die Genossen Jochade, Leispart und Sassenbach.

Die Konferenz gab der Meinung Ausdruck, daß die internationale Organisation sehr gefördert werden könne durch eine engere Verbindung zwischen den internationalen Berufssekretären und dem Internationalen Bureau sowie durch eine ständige Abteilung für Uebersetzungen im Internationalen Bureau.

Kongresse, Konferenzen, Generalversammlungen.

Zum 7. österreichischen Gewerkschaftskongress, der in der Zeit vom 6. bis 10. Oktober v. J. in Wien stattfand, hatte die Generalkommission, wie üblich, eine Vertretung entsandt. Sie war ferner auf dem am 22. Juni und folgende Tage in Christiania abgehaltenen Kongress der Zentralorganisationen der Gewerkschaften Norwegens, auf dem englischen Gewerkschaftskongress in Manchester (1. September), auf dem schweizerischen Gewerkschaftskongress (13. bis 15. September) in Zürich und auf der 8. internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landescentralen vertreten.

Verbandstage bzw. Generalversammlungen der Verbände tagten im Berichtsjahre insgesamt 20, und zwar: Bäcker und Konditoren: 1. Juni in Frankfurt am Main. Bauarbeiter: 12. Januar in Jena. Bergarbeiter: 27. April in Hannover. Buchbinder: 15. Juni in Stuttgart. Buchdrucker: 16. Juni in Danzig. Fleischer: 27. April in Dresden. Glasarbeiter: 30. Juni in Leipzig. Gutmacher: 9. Juni in Berlin. Kupferschmiede: 24. März in Stettin. Lithographen: 10. August in Stuttgart. Malex: 30. Juni in Halle. Metallarbeiter: 16. Juni in Breslau. Porzellanarbeiter: 30. Juni in Leipzig. Schiffszimmerer: 18. Mai in Hamburg. Steinseher: 10. März in Berlin. Tabakarbeiter: 3. August in Heidelberg. Töpfer: 30. Juni in Leipzig. Zimmerer: 3. Februar in Berlin. Zivilmusiker: 22. April in Breslau.

Die Generalkommission hatte zu allen diesen Tagungen sowie zahlreichen Gewerkschaftskonferenzen, die sich hauptsächlich mit der Frage der Einrichtung von Bezirks-Arbeitersekretariaten und der Vorbereitung der sozialen Wahlen beschäftigten, eine Vertretung entsandt. Auch an den Verhandlungen des 10. deutschen Genossenschaftstages des Centralverbandes deutscher Konsumvereine in Dresden (16. bis 21. Juni 1913) sowie der in Gent vom 3. bis 6. September v. J. abgehaltenen Generalversammlung der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nahmen Vertreter der Generalkommission teil.

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse

wurden abgehalten vom 13. Januar bis 22. Februar und vom 27. März bis 7. Mai 1913. Der erste Kursus war von 71, der zweite Kursus von 69 Teilnehmern besucht.

Nach einem Beschluß der Konferenz der Vorstandsvertreter vom 12. bis 14. Januar 1914 soll in Zukunft alljährlich nur noch ein gewerkschaftlicher Unterrichtskursus abgehalten werden. Die Zahl der Teilnehmer soll 50 nicht überschreiten. Im Winterhalbjahr 1913/14 hat deshalb nur noch ein gewerkschaftlicher Unterrichtskursus stattgefunden. Er war von 54 Teilnehmern und einer Hospitantin besucht

Der Almanach für die arbeitende Jugend „Jung-Volk“, der im vorigen Jahre eine freudige Aufnahme bei der Jugend gefunden hat, wurde für das Jahr 1914 neu herausgegeben. Seine Auflage betrug insgesamt 35 000 Exemplare, die bald nach dem Erscheinen vergriffen war. Die Schriften „Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche“ und „Katalog für die Jugendbibliotheken“ wurden in erweiterter Form neu herausgegeben. Vom Jugendliederbuch wurden 30 400 Exemplare verkauft. Eine neue Volksliederausgabe mit Noten wird gegen Pfingsten erscheinen. Ferner ist die Herausgabe einer Jugendbibliothek in Vorbereitung, deren Bücher die Jugendlichen in die einzelnen Wissenschaften einführen sollen. Die ersten Bände werden gegen Ende des Sommers erscheinen.

Die Heranbildung von tüchtigen Jugendleitern betrachtet die Centralstelle als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Für die einzelnen Arbeitsgebiete existieren gedruckte Ratgeber, die durch das an Jugendfunktionäre unentgeltlich abgegebene, in zwangloser Reihenfolge erscheinende Mündschreiben ergänzt werden. Da die schriftliche Belehrung der Funktionäre nicht genügt, um sie für die Jugendarbeit anzuleiten und ihre Ausbildung zu fördern, hat die Centralstelle im Berichtsjahre zunächst zwei zentrale Kurse für Jugendleiter in Berlin im Mai und September abgehalten. Jeder der Kurse dauerte eine Woche und zählte ca. 30 Teilnehmer. Die Kurse fanden nicht nur Anerkennung und Lob bei den Teilnehmern, sie haben auch schon relativ praktische Erfolge gezeitigt.

Die Funktionäre verlangten daher, daß solche Kurse häufiger veranstaltet werden. Die Centralstelle ist dem Wunsche gefolgt. Seit Februar werden neben dem zentralen Jugendleiter-Kursus in Berlin noch Funktionärskurse in den Bezirken abgehalten. Der Bezirks-Kursus dauert zwei Tage. In dieser Zeit können natürlich nur die wichtigsten Fragen der Jugendarbeit in gedrängter Kürze behandelt werden. Der Unterricht erstreckt sich auf Pädagogik, Bildungsarbeit, Verwaltung, Agitation, bürgerliche Jugendbewegung, Jugendschutz, Wanderungen, Spiele im Freien und das Jugendheim. Bis zum Abschluß des Geschäftsjahres fanden 5 Kurse mit 195 Teilnehmern statt. Auch diese Neueinrichtung der Centralstelle wurde von den Funktionären begrüßt und für sehr notwendig erklärt. Allenfalls ist der Wunsch, daß in jedem Bezirk im Jahre mindestens ein Kursus abgehalten wird, da stetig neue Funktionäre in die Jugendbewegung eintreten, die dringend einer Anleitung für die schwierige Arbeit bedürfen.

Die Ausgaben der Centralstelle betragen 28 601,77 Mk.

Als Mittelglieder zwischen Centralstelle und örtlichen Jugendausschüssen sind die Bezirksleitungen geschaffen worden, die im Berichtsjahre einen weiteren Ausbau erfahren haben. Gegenwärtig existieren solche für 36 (im Vorjahre 32) Bezirke, nämlich für Ost- und Westpreußen, Groß-Berlin, Brandenburg, Pommern, Posen, Gölitz, Magdeburg, Halle, Schleswig-Holstein, Hannover, Oestliches und Westliches Westfalen, Hessen-Nassau, Oberhein und Niederrhein, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, München, Südbayern, Pfalz, Ostfachsen, Zwickau, Leipzig, Württemberg, Hessen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Hamburg-Altona, Nordwest, Breslau, Mecklenburg und Lübeck.

Die Aufgaben der Bezirksleitungen bestehen in der Unterstützung der örtlichen Jugendausschüsse. Sie vermitteln Vorträge, veranstalten Vortrags-touren und Konferenzen, geben Flugblätter und

Material für die Agitation und Verwaltung der Jugendausschüsse heraus. Die Tätigkeit der Bezirksleitungen sowie die Arbeit der Jugendausschüsse wird eingehender in dem Bericht der Centralstelle, der im Laufe des Sommers erscheint, dargestellt werden. Die Gewerkschaftsfunktionäre können ihn durch die Centralvorstände der Gewerkschaften unentgeltlich beziehen.

Agitation.

Die Einrichtungen zur Förderung der Agitation in den schlecht organisierten oder fremdsprachigen Bezirken haben einige Veränderungen erfahren. Das Gewerkschaftssekretariat für den Siegener Bezirk ist aufgehoben und an dessen Stelle ein Bezirkssekretariat zur Vertretung der Gewerkschaftsmitglieder vor dem Oberversicherungsamt Arnsherg errichtet worden. Das Bezirks-Arbeitersekretariat hat seinen Sitz in Herloh.

Der Sekretär für Ost- und Westpreußen Genosse Trilse ist am 10. Januar d. Js. verstorben. Von einer Neubesezung des Postens hat die Generalkommission im Einverständnis mit den Centralvorständen abgesehen. Die Gewerkschaften haben sich auch in diesem entlegensten Teile Ostelbiens so weit entwickelt, daß die Unterhaltung einer besonderen Agitationsstelle durch die Generalkommission nicht mehr erforderlich erscheint.

Erhöhte Anforderungen an die Kasse der Generalkommission sind erhoben worden infolge der sich notwendig machenden Errichtung von Bezirks-Arbeitersekretariaten. Die Reichsversicherungsordnung hat die endgiltige Entscheidung über den größten Teil der aus der Arbeiterversicherung sich ergebenden Streitigkeiten den Oberversicherungsämtern übertragen. Soll den Gewerkschaftsmitgliedern ein ausreichender Rechtsschutz gewährt werden, so wird die mündliche Vertretung der Versicherten vor den Oberversicherungsämtern übernommen werden müssen. Dies kann in der Regel nur geschehen, wenn ein besonderes Bezirkssekretariat errichtet wird. Die Generalkommission hat deshalb die Bildung von Bezirkskartellen empfohlen. Die Kosten des Bezirkssekretariats sollen durch eine mäßige Beitragsleistung der Gewerkschaftskartelle des Bezirks und eventl. durch Zuschüsse der Generalkommission aufgebracht werden.

Auch die Anträge auf Gewährung von Zuschüssen zur Errichtung bzw. Erhaltung von Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariaten gingen zahlreicher als sonst ein, weil in vielen Orten infolge der großen Arbeitslosigkeit die Beitragsleistung an die Gewerkschaftskartelle sich verschlechtert hatte. Zuschüsse zu den Kosten der sozialen Wahlen, die zum ersten Male unter dem Verhältniswahlssystem sich vollzogen, mußten in größerem Umfange gewährt werden.

Statistik.

Die große Bedeutung, welche die Wahlen der Vertreter zu den sozialpolitischen Körperschaften haben, veranlaßte die Generalkommission, über den Ausfall dieser Wahlen regelmäßige statistische Feststellungen vorzunehmen. Die Zahl der dem Correspondenzblatt alljährlich beigelegten statistischen Beilagen erhöht sich damit von 9 auf 10. Es ist anzunehmen, daß die statistischen Aufnahmen über die Ergebnisse der sozialpolitischen Wahlen das Interesse der Arbeiterschaft an denselben vermehren und zur Erzielung günstigerer Resultate beitragen werden. Eine Erweiterung der statistischen Arbeiten ist sodann noch dadurch erfolgt, daß die bisher von Calwer bearbeitete Statistik „Der deutsche Arbeits-

und fand in der Zeit vom 19. Januar bis 28. Februar 1914 statt.

Auch für die Arbeitersekretäre ist ein Unterrichtskursus veranstaltet in der Zeit vom 22. September bis zum 18. Oktober v. Js. worden. Es nahmen 26 Sekretäre daran teil. Gegenüber den Kursen des Jahres 1912 trat eine Minderung des Vortragsprogramms insofern ein, als die Vorträge über das Recht der Arbeiterversicherung von 50 auf 42 Stunden herabgesetzt und die Vortragsstunden über öffentliches Recht, Staatsbürgerrechte von 20 auf 24, über Zivilprozeß und das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten von 12 auf 16 Stunden erhöht wurden.

Sozialpolitische Abteilung.

Die Sozialpolitische Abteilung hat die angelegte Sammlung des umfangreichen Materials so gestaltet, daß die wichtigsten Vorgänge auf allen Gebieten registriert werden und daneben ein ausführliches Literaturverzeichnis gegeben werden kann. Zur leichteren Uebersicht dessen, was im Archiv niedergelegt, ist ein Verzeichnis gedruckt, das in 26 größeren Abteilungen der einzelnen Wissensgebiete 436 Stichworte aufweist. Das Archiv, das den Gewerkschaften offen steht, läßt leider außerhalb Berlins die Benutzung nicht zu, da ein Ausleihen des Materials sofort große Lücken in die Sammlung reißen würde. Soweit das Material in der Abteilung selbst Anlaß gab zur literarischen Bearbeitung, ist dies geschehen. Es sind eine Reihe Artikel und Notizen dem Pressebureau und dem Correspondenzblatt der Generalkommission übergeben.

Eine große Anzahl von Anfragen, die Rechtsauskünfte forderten oder Nachweise verlangten über vorhandene Literatur, berührten vor allem die Sozialpolitik. In mehreren Fällen wurden Petitionen an die gesetzgebenden Körperschaften ausgearbeitet oder ergänzt den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt.

Die Petitionen, die dem Reichstag von gegnerischer Seite unterbreitet wurden, sind, soweit sie für die einzelnen Berufe Interesse boten, diesen zur Kenntnisnahme überwiesen und vielfach zu Gegenpetitionen benutzt worden.

Auf dem Gebiete des Bauarbeiter-schutzes sind insbesondere die Vorgänge für den Erlass neuer Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften, der Verwaltungsbehörden oder der Landtage in den Einzelstaaten verfolgt und den Bauarbeiter-schutzkommissionen das geeignete Material zur Geltendmachung ihrer Ansprüche überwiesen worden.

Die Beratung eines Wohnungs-gesetzes im preußischen Landtag gab Anlaß zu bestimmt formulierten Vorschlägen, die von den Vorständen der hier interessierten Gewerkschaften gutgeheißen und der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtags als Material überwiesen wurden.

Die Beteiligung an der Internationalen Bau-sachausstellung in Leipzig führte zu der Herausgabe der Broschüre: „*Ausblicke auf die Bauarbeiter-schutzbewegung*“, die die Entwicklung des Bauarbeiter-schutzes in Deutschland darstellt. Im Verein mit den Bauarbeiterverbänden hat eine weitere Mitarbeit an der Vorbereitung zur Ausstellung stattgefunden. Der Bauarbeiter-schutzkongreß, der am 11. und 12. August in den Ausstellungsräumen in Leipzig tagte, hat den Forderungen der Bauarbeiter durch die mündliche Darstellung ihrer Beschwerden weiteren Nachdruck

verliehen. Das Protokoll von diesem Kongreß ist in größerer Auflage zu mäßigem Preise abgesetzt worden.

Der Gewerbegerichtstag, der im September in Leipzig einberufen war, veranlaßte wiederum, wie bei den vorausgegangenen Tagungen, die Gewerbe-gerichtsbeisitzer aus Arbeiterkreisen zu einer besonderen Besprechung einzuladen. Das Arrangement hierfür wurde von der Sozialpolitischen Abteilung übernommen. Das Protokoll über die Verhandlungen ist in einer Auflage von 2000 hergestellt. Zu den Tagesordnungspunkten, die auf dem Gewerbegerichtstag zur Besprechung kamen, sind eine Anzahl schriftlicher Referate von Vertretern der Gewerkschaften erstattet worden. Die Sozialpolitische Abteilung behandelte die Frage des einheitlichen Arbeitsrechts. Ferner wurde eine statistische Umfrage bei den Arbeitersekretariaten und Gewerkschaftsvorständen veranstaltet, die sich mit der Reform des Lohnbeschlagnahmengesetzes beschäftigte. Das Ergebnis dieser Umfrage ist in einem Artikel des Arbeitersekretärs Heiden in Nr. 11 des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts vom Jahre 1913 veröffentlicht.

Von der Gesellschaft für Soziale Reform wurde ein sehr ausführlicher Fragebogen, der die Rechtsfragen des Tarifvertrags berührt, zur Beantwortung unterbreitet. Die Beantwortung des Fragebogens ist im Einverständnis mit der Generalkommission von der Sozialpolitischen Abteilung übernommen und beteiligte sich auch die Generalkommission durch einen Vertreter der Abteilung an der Generalversammlung der Gesellschaft in Düsseldorf. Zur Erörterung stand neben anderem die für die Gewerkschaften sehr wichtige Frage der gesetzlichen Regelung des Tarifvertrags und die Forderung eines Reichseinigungsamtes.

Aus dem Material der Sozialpolitischen Abteilung ist die Schrift über „Das Koalitionsrecht in Deutschland“ hervorgegangen, die von Dr. Nestriepke bearbeitet wurde. Es ist hier eine Uebersicht der Rechtsprechung gegeben und dargetan, wie in der Betätigung des Koalitionsrechts heute dem Arbeiter auf Schritt und Tritt die schwersten Hindernisse in den Weg gelegt werden. Von einer freien Ausübung des Koalitionsrechts kann keine Rede sein, ganz abgesehen davon, daß großen Erwerbsgruppen vollständig das Recht der Koalition vorenthalten wird. Die Schrift ist in 20 000 Exemplaren unentgeltlich abgegeben, sie ist allen gesetzgebenden Körperschaften und zahlreichen gegnerischen Korporationen übermittelt.

„Correspondenzblatt“, „L'Operaio Italiano“, „Oswiata“ und Broschüren.

Das „Correspondenzblatt“ hat im Berichtsjahre keine wesentliche Umgestaltung erfahren. Die im Vorjahre neu eingeführte „Arbeiterrechts-Beilage“ hat sich zu einem der besten und in Rechtskreisen geschätztesten Organe der Information über alle Fragen des Arbeiterrechts entwickelt, verfügt über einen ansehnlichen Kreis von Mitarbeitern, unter denen sich solche von anerkannter Autorität befinden, und mußte schon wiederholt in verstärktem Umfange herausgegeben werden, um des gewaltig anwachsenden Stoffes Herr zu werden. Die Arbeiterrechts-beilage geht den auf den Gebieten des Arbeiterrecht-tätigen Gewerkschaftsfunktionären in einer Sonderausgabe und mit besonderem Jahresinhaltsverzeichnis ausgestattet zu. Ihre Verfeinerung als besonderes Gewerkschaftsblatt kann nach der Entwicklung, die sie seither genommen hat, nur noch eine

Frage der Zeit sein. Die „Literatur-Beilagen“ haben auch den Bibliotheksfragen größere Aufmerksamkeit zugewendet. Bei den Statistischen Beilagen ist eine Verschiebung dadurch eingetreten, als das verspätete Erscheinen der amtlichen Statistik der Tarifverträge es verhindert, die Bearbeitung derselben noch bis zum Schlusse des Jahrgangs zu ermöglichen. Die Tarifstatistik vom Jahre 1912 konnte daher erst im März 1914 veröffentlicht werden. Dagegen ist der Bereich der Statistischen Beilagen erweitert worden durch Aufnahme einer Sonderbearbeitung der sozialpolitischen Wahlergebnisse, die auch künftig erscheinen soll. In wieweit hohem Maße sich das „Correspondenzblatt“ der Anteilnahme in gewerkschaftlichen Kreisen erfreut, beweist die Tatsache, daß die Zahl seiner Mitarbeiter ständig wächst. Allein seit dem Gewerkschaftskongress in Dresden (1911) sind weit über 300 Mitarbeiter im Correspondenzblatt einschließlich der Beilagen zum Wort gekommen. Die Auflage des Blattes betrug Ende 1912: 30 000, Ende 1913: 30 500, die Sonderausgabe der Arbeiterrechts-Beilage 5000 Exemplare.

Das in italienischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsorgan „L'Operaio Italiano“ hatte im Berichtsjahre eine Auflage von 10 202 Exemplaren gegen 10 184 im Vorjahre.

Die Auflage des polnischen Gewerkschaftsblattes „Oswiata“ stieg im Berichtsjahre von 8034 auf 8683 Exemplare.

Von der Generalkommission wurden an Broschüren herausgegeben: Reunter internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1911; Rückblicke auf die Bauarbeiter-schutz-Bewegung; Protokoll der Verhandlungen des dritten Bauarbeiter-schutzkongresses; Protokoll der Konferenz der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands.

Die Denkschrift über: „Die Arbeitslosenversicherung in Reich, Staat und Gemeinde“, die erstmalig im Jahre 1911 erschien, ist in neuer Bearbeitung herausgegeben worden und kurz nach Jahres-schlus erschienen, wobei nicht bloß der statistische Teil ergänzt wurde, sondern auch die seit 1911 in Kraft getretenen Gesetze und städtischen Satzungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung berücksichtigt worden sind. Die Denkschrift ist wiederum den Regierungen, gesetzgebenden Körperschaften, Gemeindeverwaltungen und -vertretungen sowie einem großen Teil der Presse übermittelt worden.

Arbeiterinnen-Sekretariat.

Die im Berichtsjahre stattgefundenen Wahlen zu den Krankenkassen und die Bedeutung der Abstimmung der weiblichen Mitglieder unter dem Proportionalwahlssystem veranlaßten die Sekretärin, dieser Frage diesmal besondere Aufmerksamkeit

zu widmen bei Uebersendung von Material zu Vorträgen und zur Aufklärung an Referentinnen, Vertrauenspersonen usw. In mehreren Artikeln und Vorträgen in Versammlungen und Sitzungen wurde die gleiche Frage behandelt. Ferner wurden Referentinnen vermittelt für Einzelversammlungen in Berlin und dem Reiche und zu Versammlungstouren. Den Referentinnen wurde das im Sekretariat gesammelte Agitationsmaterial zur Verfügung gestellt.

Im letzten Jahre wurden außer den Kassengeschäften des Verbandes der Hausangestellten auch für ein Vierteljahr die Redaktionsarbeiten für das Verbandsorgan erledigt.

Kasse.

Auch im verflossenen Jahre sind die Einnahmen und die Ausgaben der Generalkommission nicht unerheblich gestiegen. Die Totalerinnahme betrug 632 622,48 Mk. und die Totalausgabe 573 047,33 Mk. Das ist gegen das Jahr vorher eine Mehreinnahme von 195 795,06 Mk. und eine Mehrausgabe von 128 724,40 Mk. Soweit die Steigerung nicht auf höhere Ziffern der sogenannten Durchgangsposten wie Verlag, Unterrichtskurse usw. zurückzuführen ist, ergibt sie sich aus folgenden Umständen.

Die Einnahme an Beiträgen beläuft sich, wie die Abrechnung zeigt, auf 429 393,40 Mk. Das ist eine Summe, die bei einem Beitrage von 16 Pf. pro Jahr und Mitglied in einem Jahre nicht erreicht werden kann, weil die Mitgliederzahl der Verbände zusammen heute noch nicht so groß ist. Wenn trotzdem eine so hohe Einnahme an Beiträgen erzielt wurde, so aus dem Grunde, weil im verflossenen Jahre einige größere Verbände ihre Beiträge für nahezu zwei Jahre an die Generalkommission eingesandt haben. Auf diese Weise sind im vergangenen Jahre rund 80 000 Mk. an Beiträgen eingegangen, die analog der früheren Jahre erst 1914 hätten zur Berechnung kommen sollen. Der Rest der Mehreinnahme von rund 30 000 Mk. ist zum größten Teil auf Nachzahlung für das Jahr vorher zurückzuführen.

Die Mehrausgaben sind entstanden unter Titel a) Generalkommission in der Hauptsache durch erhöhte Ausgaben der Agitationskommissionen sowie durch größere Zuschüsse an die Arbeitersekretariate und an die Gewerkschaftskartelle infolge der Wahlen zu den Krankenkassen und Versicherungssämtern. Titel b) „Correspondenzblatt“ weist eine Mehrausgabe von rund 7000 Mk. nach, die im wesentlichen auf die Erweiterung des Blattes zurückzuführen ist. Titel c) Central-Arbeitersekretariat und Titel f) Sozialpolitische Abteilung haben eine Mehrausgabe von 4000 Mk. bzw. 3000 Mk. aufzuweisen. Die Ursachen sind bei dem Central-Arbeitersekretariat größere Ausgaben für Drucksachen und bei der Sozialpolitischen Abteilung Erweiterung des Bureaus.

Jahresabrechnung 1913.

Einnahme:

a) Generalkommission:

1. Bestand am Schlusse des Jahres 1912		435 366,20 Mk.
2. Beiträge der Gewerkschaften	429 393,40	
3. Für den Verband der Land- und Forstarbeiter	80 000,—	
4. „ Unterrichtskurse	58 022,70	
5. „ Internationale Baufach-Ausstellung	1 088,48	
6. Rückvergütung von Druckereien	51 420,—	
7. Verlag	18 409,81	
8. Zinsen	18 490,87	
9. Diverse Einnahmen	10 659,26	602 479,47

b) „Correspondenzblatt“:		
1. Gewerkschaftsartelle und Ortsverwaltungen	2 848,64	
2. Abonnements	5 155,77	
3. Einzelverkauf	141,04	8 140,45 Mfr.
c) „L'Operaio Italiano“:		
1. Beteiligte Gewerkschaften	12 478,09	
2. Abonnements	82,04	12 560,13 „
d) „Oswiata“:		
1. Beteiligte Gewerkschaften	9 894,88	
2. Abonnements	47,55	9 442,43 „
	<u>Summa</u>	<u>1 067 988,68 Mfr.</u>

Ausgabe:

a) Generalkommission:

1. Agitation:		
a) Agitationskommission für Ost- und nördliches Westpreußen	8 882,60	
b) Agitationskommission für südliches Westpreußen und Posen	7 282,60	
c) Agitationskomm. für Oberschlesien	11 182,60	
d) " " " Schlesien	2 600,—	
e) " " " Siegerland	8 066,—	
f) " " " Rheinl.-Westfalen	700,—	
g) " " " Saargebiet	1 800,—	
h) " " " Elsaß-Lothringen	6 172,40	
i) " " " Oberfranken	3 070,25	
k) " " " Nordbayern	398,—	
l) " " " Südbayern	2 247,95	
m) " " " westl. Lothringen	3 682,80	
n) Arbeitersekretariat Rattowitz	5 682,60	
o) " " " Saarbrücken	5 372,40	
p) Mietszuschüsse	6 100,—	
q) Prozeßkosten	1 500,10	
r) Verband der Hausangestellten	17 500,—	
s) Verband der Landarbeiter	60 000,—	
t) Zuschüsse an Gewerkschaftsartelle	11 730,95	
u) " " " Arbeitersekretariate	4 245,30	
v) " " " Bezirkssekretariate	3 770,75	
w) Allgemeine Agitation	53 457,83	224 395,13
2. Kongresse und Konferenzen:		
a) Delegation zu Generalversammlungen	1 153,80	
b) " " Bauarbeiterkongress	346,70	
c) " " Int. Kongresse und Konferenzen	2 529,10	
d) Konferenz der Centralvorstände	1 524,70	
e) Diverse Konferenzen	327,60	5 881,40
3. Bücher und Zeitschriften:		
a) Bücher	613,50	
b) Zeitschriften	433,20	
c) Buchbinderarbeiten	365,20	1 411,90
4. Drucksachen		4 026,25
5. Beitrag an das Internationale Sekretariat		3 795,—
6. Verwaltungskosten:		
fachliche:		
a) Miete, Heizung, Beleuchtung, Telephon	7 192,33	
b) Bureaureinigung	2 400,50	
c) Bureauutensilien	3 450,24	
d) Mobiliar	2 209,80	
e) Porto des Vorsitzenden, Kassierers und Arbeiterinnen-Sekretariats	2 125,13	17 377,50
persönliche:		
a) Gehälter	26 458,50	
b) Sitzungs- und Revisionsentschädigungen	1 232,85	
c) Beitrag zur Unterstützungsvereinigung, Angestellten- und Invalidenversicherung	1 909,62	29 600,97

7. Unterrichtsurufe:		
a) Schulutenfilien	362,35	
b) Bücher und Zeitungen	136,60	
c) Miete	661,50	
d) Drucksachen und Inserate	482,80	
e) Porto	25,55	
f) Lehrer-Honorar	4 914,—	
g) Bezüge der Kursteilnehmer	53 738,35	
h) Bücherlieferung an die Kursteilnehmer	1 058,54	61 879,69
8. Verlag 14 004,12		
9. Wausach-Ausstellung 51 888,31 413 760,27 Wfl.		
b) „Correspondenzblatt“:		
1. Redaktion:		
a) Gehälter	7 200,—	
b) Honorar für Mitarbeiter	7 488,62	
c) Beitrag z. Unterstützungsvereinigung und Angestellten- versicherung	512,—	
d) Bureauutenfilien	317,65	
e) Zeitungen	681,64	
f) Porto	25,18	16 225,09
2. Druck und Papier 54 916,30		
3. Expedition 10 278,89 81 420,28 „		
c) „L'Operaio Italiano“:		
1. Redaktion:		
a) Gehälter	2 891,62	
b) Honorar für Mitarbeiter	793,54	
c) Beitrag zur Unterstützungsvereinigung	9,—	
d) Bücher und Zeitungen	106,72	
e) Drucksachen	136,—	
f) Schreibmaterial	40,05	
g) Porto	165,64	
h) Diverse Ausgaben	934,35	5 076,92
2. Druck und Papier 9 329,75		
3. Expedition 1 041,85 15 448,52 „		
d) „Oswiata“:		
1. Redaktion:		
a) Gehälter	3 000,—	
b) Honorar für Mitarbeiter	697,78	
c) Beitrag, Unterstützungsvereinigung und Angestelltenver- sicherung	218,60	
d) Bücher und Zeitungen	143,55	
e) Schreibmaterial	15,67	
f) Miete, Licht, Heizung, Telefon	368,69	
g) Porto	28,43	4 472,72
2. Druck und Papier 8 130,80		
3. Expedition 2 298,07 14 901,59 „		
e) Central-Arbeitersekretariat:		
Verwaltungskosten:		
sachliche:		
a) Bureauutenfilien	477,80	
b) Bücher und Zeitschriften	304,85	
c) Drucksachen	1 937,—	
d) Porto	1 181,93	
e) Sonstige Ausgaben	236,10	4 137,18
persönliche:		
a) Gehälter	16 841,—	
b) Ausschilfe	654,—	
c) Beitrag zur Unterstützungsvereinigung, Angestellten- und Invalidenversicherung	1 517,14	19 012,14 23 149,32 „

Jahresbericht des Central-Arbeitersekretariats für das Jahr 1913.

Die Wirkungen der Reichsversicherungsordnung machten sich im Jahre 1913 auch in der Tätigkeit des Sekretariats durch geringeren Eingang der zu vertretenden Sachen geltend. Es wurden 2125 Sachen überwiesen. Der geringe Mindereingang steht nicht annähernd im Verhältnis zur Abnahme der Zahl der Refurse beim Reichsversicherungsamt. Dort gingen nur 12 913 Refurse gegen 23 001 im Vorjahre ein. Die Zahl der vom Central-Arbeitersekretariat erledigten Sachen ist jedoch nur wenig geringer als im Vorjahre. Die Zahlen sind 2128 gegen 2165. Das hat seinen Grund in der Tatsache, daß es in der Mehrzahl der Fälle sich um Sachen handelte, die schon vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung anhängig gemacht wurden.

Die eingekommenen Sachen betrafen fast ausschließlich Fragen der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung oder der landesgesetzlichen Knappschaftsversicherung. Nur sechs Zivilsachen befanden sich darunter. Das liegt daran, daß das Central-Arbeitersekretariat derartige Vertretungen in der Regel abzulehnen genötigt ist.

Die meisten Einsendungen kamen natürlich von den Arbeitersekretariaten.

Es wurden eingesandt:

von den Arbeitersekretariaten . . .	1609
von den Gewerkschaftsartikeln . . .	41
von den Rechtsauskunftsstellen . . .	31
von den Vorständen und Verwaltungsstellen der gewerkschaftlichen Organisationen . . .	199
von den Klägern direkt und durch Vermittelung anderer Personen, auch Vorständen von politischen Organisationen . . .	245

Sa. 2125

Die einzelnen Sekretariate waren an der Ein- sendung der Streitfachen wie folgt beteiligt:

Aachen	2	Duisburg	9
Altenburg	7	Erlangen	1
Arnstadt	6	Erfurt	24
Aischaffenburg	6	Essen	33
Augsburg	8	Eßlingen a. N.	6
Bamberg	1	Flensburg	2
Barmen	15	Forst i. L.	30
Bernburg	7	Frankfurt a. M.	92
Bielefeld	5	Freiburg i. Br.	2
Bodum	33	Freiburg i. Schl.	1
Brandenburg	4	Fürth	5
Braunschweig	57	Gelsenkirchen	39
Bremen	9	Gera	11
Bremerhaven	11	Gladbeck	23
Breslau	31	Gotha	5
Burg	7	Halberstadt	6
Cassel	34	Halle a. E.	36
Castrop	19	Hamborn	6
Chemnitz	9	Hamburg	29
Cöln a. Rh.	68	Hamm i. W.	14
Cottbus	15	Hannau	9
Crefeld	5	Hannover	26
Danzig	9	Harburg	13
Darmstadt	3	Heidelberg	11
Deßau	6	Hildesheim	30
Dortmund	34	Hof i. W.	1
Dresden	6	Jena	5
Döhlen	11	Kerlshn	2
Düsseldorf	67	Kiehoe	2

Karlsruhe	40	Mettenberg	1
Kattowiz	32	Posen	4
Kempten	1	Redlinghausen	10
Kiel	10	Remscheid	6
Königsberg	17	Rosenheim	5
Landeshut i. Schl.	3	Rostock	15
Leipzig	44	Rudolstadt	21
Luckenwalde	3	Rüftringen	4
Lübeck	18	Saarbrücken	6
Lünen	11	Schweinfurt	2
Magdeburg	44	Sölingen	16
Mainz	23	Stettin	47
Mannheim	33	Strasbourg	9
Minden	13	Stuttgart	23
M.-Gladbach	1	Vegeack	4
München	91	Waldenburg i. Schl.	6
Neumünster	1	Weißfels	2
Neurode	1	Wiesbaden	4
Nürnberg	12	Worms	4
Oberhausen	12	Würzburg	9
Offenbach a. M.	1	Zeitz	3
Porzheim	19	Zwickau	1
Pirna	5		
Plauen i. V.	4	Summa	1609

Seit Bestehen des Sekretariats sind demselben überwiesen:

1903	633	Sachen	1909	2170	Sachen
1904	968	"	1910	2416	"
1905	1098	"	1911	2465	"
1906	1197	"	1912	2343	"
1907	1352	"	1913	2125	"
1908	1774	"			

Zu den neu eingegangenen 2125 Streitfachen traten die aus den Vorjahren noch in der Schwebe gebliebenen, nämlich:

a. d. Jahre 1909	1 Sache	a. d. Jahre 1911	87 Sachen
" " "	1910 3 Sachen	" " "	1912 935 "

Zu bearbeiten waren demnach insgesamt 3151 Sachen, von denen 2128 erledigt wurden. Rückständig blieben:

a. d. Jahre 1909	1 Sache	a. d. Jahre 1912	211 Sach.
" " "	1911 5 Sachen	" " "	1913 806 "

Sa. 1023 Sach.

Von den 2128 erledigten Sachen waren:

- 1951 Unfallsachen,
- 140 Invalidensachen,
- 31 Knappschaftsachen,
- 6 Zivilsachen.

Die nachstehende Uebersicht läßt den Streitgegenstand und den Ausgang der Streitverfahren erkennen:

Gegenstand des Streits	Zahl der Fälle	Die Sache wurde für den Verletzten bzw. die Hinterbliebenen erledigt	
		günstig	ungünstig
Anerkennung d. Betriebsunfalls	141	57	84
Höhe der ersten Rente	217	117	100
Herabsetzung der Rente	1132	482	700
Ob Krankheit oder Unfallfolge	205	76	129
Verschlimmerung d. Unfallfolg.	64	17	47
Hilfslosenrente	1	—	1
Hinterbliebenenrente	139	40	99
Widowenrente	12	2	10
Höhe d. Jahresarbeitsverdienst.	11	10	1
Unzulässiger Refurs	8	3	5
Wiederaufnahme d. Verfahrens	2	2	—
Verjährung	19	2	17
Summa	1951	758	1193

f) Sozialpolitische Abteilung:

Verwaltungskosten:

sachliche

a) Bureauentfalten	209,30	
b) Bücher und Zeitschriften	1 108,12	
c) Drucksachen	543,—	
d) Mobiliar	1 335,70	
e) Porto	238,22	
f) Sonstige Ausgaben	852,45	4 281,79

persönliche:

a) Gehälter	18 859,—	
b) Beitrag zur Unterstützungsvereinigung, Angestellten- und Invalidentversicherung	1 226,56	20 085,56
		24 867,35 Mf.

g) Vermögensbestand:

a) Bankguthaben	351 334,81	
b) Effekten	72 823,50	
c) Debitoren	69 785,59	
d) Kasse der Generalkommission	571,65	
e) Kasse der „L'Operaio Italiano“	365,55	
f) Kasse der „Oswiata“	80,25	494 941,35 „
Summa		1 067 985,68 Mf.

Streiks und Aussperrungen 1913.

Einnahme:

1. Bestand am Schlusse des Jahres 1912		82 670,45 Mf.
2. Aussperrung der Maler:		
a) Centralvorstände	288 498,87	288 498,87 „
3. Sammlung für die bulgarischen und serbischen Gewerkschaften:		
a) Centralvorstände	33 855,—	
b) Ortsverwaltungen	2 000,—	
c) Gewerkschaftskartelle	80,—	35 935,— „
4. Aussperrung der Tabakarbeiter in Holland:		
a) Centralvorstände	23 560,—	23 560,— „
5. Streiks und Aussperrungen (allgemeine):		
a) Centralvorstände	16 784,40	
b) Ortsverwaltungen	9,—	
c) Gewerkschaftskartelle	481,55	17 274,95 „
6. Zinsen:		2 315,14 „
Summa		450 254,41 Mf.

Ausgabe:

1. Verband der Tabakarbeiter	16 784,40	
2. „ „ Maler	230 000,—	246 784,40 Mf.
3. An den internationalen Sekretär:		
a) für die italienischen Gewerkschaften	5 000,—	
b) „ die Aussperrung der Textilarbeiter in Lodz	10 000,—	
c) „ die bulgarischen und serbischen Gewerkschaften	35 935,—	
d) „ die Aussperrung der Tabakarbeiter in Holland	30 000,—	80 935,— „
An die Centralvorstände zurückgezahlt		5 823,12 „
5. Unkosten		1,50 „
6. Post und		116 710,39 „
Summa		450 254,41 Mf.

Berlin, den 31. Dezember 1913.

Hermann Kube, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

Die Revisoren der Generalkommission:
Adolf Cohen. Gustav Sabath.Die Revisoren des Ausschusses:
Gustav Eisler. Paula Thiede.

Vertretung in 19 Fällen. In der Berufungsinstanz wurden 15 Fälle erledigt, davon 4 mit Erfolg. Die 106 Revisionsfachen hatten folgendes Ergebnis:

	Versicherungs- trägers	
	Zahl der Fälle	Berufenen
die Revision zurückgewiesen	4	59
der Revision stattgegeben	3	5
der Revision teilw. stattgegeben	—	2
die Sache zur nochmaligen Verhandl. a. d. Oberversicherungsamt zurückverwiesen	5	23
an den Versicherungsträger zurückverwiesen	1	—
die Revision zurückgenommen durch Vergleich erledigt	1	2
	—	1

Anknappschafsfachen

wurden 31 im Revisionsverfahren vor dem Oberschiedsgericht in Anknappschafsangelegenheiten erledigt. Davon wurde in 20 Fällen die Revision des Klägers zurückgewiesen. In 3 Fällen wurde der Revision des Klägers stattgegeben. 3 Sachen fanden ihre Erledigung durch Zurückverweisung an das Oberversicherungsamt, 1 weitere durch Zurückverweisung an den Versicherungsträger. In einer Sache nahm der Versicherungsträger die Revision zurück. In 3 weiteren Fällen wurde die Vertretung abgelehnt.

Postverkehr.

Der Postverkehr hat im laufenden Jahre wiederum eine Zunahme erfahren, wie sich aus den nachfolgenden Uebersichten ergibt.

Posteingänge.

Monat	Gesamtzahl	Briefe	Karten	Postanweisung.	Kassete	Druck- u. Geschäfts-papiere
Januar	1016	950	52	5	7	2
Februar	868	814	31	11	6	6
März	877	819	36	13	7	2
April	1042	979	42	8	10	3
Mai	914	857	41	8	7	1
Juni	785	731	38	11	7	3
Juli	574	512	43	9	4	6
August	589	486	34	5	5	9
September	725	649	43	12	8	13
Oktober	823	759	29	14	5	16
November	802	745	34	10	4	9
Dezember	808	748	39	5	3	13
Summa	9773	9049	457	111	73	83

Postausgänge.

Monat	Gesamtzahl	Schriftsätze u. Briefe	Karten	Postanweisung.	Kassete	Druck- u. Geschäfts-papiere
Januar	1134	1041	22	11	3	57
Februar	1026	925	33	18	—	55
März	1020	914	39	4	—	63
April	1107	998	44	7	1	57
Mai	873	790	37	8	1	37
Juni	949	869	23	8	—	49
Juli	678	551	29	18	22	63
August	930	515	34	13	6	362
September	866	756	49	17	4	40
Oktober	998	841	51	20	2	84
November	895	752	59	11	—	74
Dezember	912	781	65	4	1	111
Summa	11388	9683	484	129	40	1052

Uebersicht über die Zahl der angefertigten Schriftsätze.

Monat	Eingaben an das Reichs-rungsamt	Eingaben an das Ober-rungsamt	Rückträge auf Altschlichtung	Eingetragene Bescheid- u. Berufungs-sachen	Sonstige Schriftsätze
Januar	162	24	7	1	8
Februar	130	12	13	5	3
März	128	9	8	4	6
April	172	11	17	4	11
Mai	108	15	14	3	6
Juni	133	9	17	1	10
Juli	98	8	14	4	4
August	84	19	9	5	16
September	64	13	5	5	13
Oktober	71	19	11	6	9
November	81	12	9	7	13
Dezember	106	28	6	8	15
Summa	1337	179	130	53	114

Sonstiges.

Besondere rechtliche Anfragen, die nicht zu bearbeitende Sachen betrafen, gingen 865 ein, auf die 933 Auskünfte, vielfach auch nach mehrfachen Rückfragen, erteilt wurden.

Die Reichsversicherungsordnung hat naturgemäß eine lange Reihe von Streitfragen aufgeworfen, die auch die Bearbeitung der Sachen schwieriger gestaltete. Wir brauchen hierauf nicht weiter einzugehen, da wir die von uns in den einzelnen Streitfragen eingenommene Stellung zumeist gleich in eingehenden Artikeln in der Rechtsbeilage des „Correspondenzblattes“ niederlegten. Dabei hat sich aber auch gezeigt, daß der Raum der Arbeiterrechtsbeilage doch nicht immer ausreicht, diese Fragen so zu behandeln, wie es wünschenswert erscheint, zumal ja nicht nur das Rechtsgebiet der Arbeiterversicherung, sondern auch die sonstigen das Arbeiterleben und die Arbeiterbewegung betreffenden Fragen behandelt werden müssen. Um so weniger wird dieser Raum ausreichen, wenn die in den Arbeitersekretariaten und in den Organisationen tätigen Genossen mehr als es leider bisher der Fall war, einzelne Fragen des Arbeiterrechts selbständig behandeln und nicht nur eine zufällig erwirkte Entscheidung zum Gegenstand mehr oder minder flüchtiger Erörterung machen.

Immer mehr wächst das Verständnis für die die Arbeiter namentlich betreffenden Rechtsgebiete und immer mehr zeigt sich das Bedürfnis nach Weiterbildung des hier in Betracht kommenden Rechts. An dieser Weiterbildung aber müssen die Arbeiter und ihre Vertreter auch selbst wirken. Das darf nicht den auf fortgeschrittenerem Boden stehenden bürgerlichen Zeitschriften allein überlassen bleiben.

Die in dem verfloffenen Jahre stattgefundenen Wahlen zu den Krankenkassen haben leider nicht die so notwendige Beachtung bei den Arbeitern gefunden. Sie sind vielfach auch nicht so ausgefallen, wie es nach der Stärke der freigewerkschaftlichen Organisationen hätte angenommen werden müssen. Das muß in Zukunft anders werden. Was die Versicherungsgesetzgebung heute schon zu tun gestattet, wird nur dann so ausgestaltet werden, wie es im Interesse der Arbeiter liegt, wenn sie sich selbst um diese Dinge kümmern. Hoffentlich wird der Eifer bei den noch im laufenden Jahre stattfindenden Wahlen ein regerer sein als bisher. Es handelt sich bei diesen

Wie in den früheren Jahren sind auch diesmal die Teilerfolge den Entscheidungen mit günstigem Ausgang zugezählt worden.

Leider mußte auch im Jahre 1913 in einem verhältnismäßig großen Teil der Sachen die Vertretung abgelehnt werden, weil der Anspruch gänzlich aussichtslos erschien. Es geschah in 338 Fällen. Die Ablehnung ist dabei keineswegs immer von vornherein erfolgt. In vielen der als abgelehnt gebuchten Sachen ist die Vertretung im ersten Termin übernommen und dabei weiterer Beweis durchgeführt worden, der leider dann das gewünschte Resultat nicht zeitigte.

Für Erscheinen der Verletzten im Termin, für beigebrachte Gutachten oder für sonstige für erforderlich gehaltene Ausgaben sind die Berufsgenossenschaften in 190 Fällen zur Zahlung von 2502,50 Mk. verurteilt worden. Dabei sei bemerkt, daß bei der Unentgeltlichkeit der Vertretung durch die Arbeitersekretariate und das Central-Arbeitersekretariat Kostenanträge von uns nur gestellt werden, wenn dem Verletzten nachweislich besondere Kosten entanden sind.

Unsere Klage im letzten Bericht, daß die Bewertung geistiger Arbeit durch das Reichsversicherungsamt recht verwunderlich sei, müssen wir leider wiederholen. Die Kosten für ärztliche Gutachten, die von den Verletzten beigebracht sind, werden naturgemäß nur im Falle des Objiegens dem Verletzten erstattet. Hierbei wurde in recht vielen Fällen nur ein Teil der Kosten erstattet mit der Begründung, daß dem Senat der an den Arzt gezahlte Betrag zu hoch erscheine. Oft wird über Kostenanträge beinahe so lange beraten wie über die Streitjache selbst. Es mag sein, daß die Gutachter den Berufsgenossenschaften und den Gerichten geringere Beträge als den Verletzten in Rechnung stellen, weil sie häufiger von ihnen herangezogen werden, während der Verletzte als einmaliger Auftraggeber erscheint. Diejem Umstande sollte jedoch das Reichsversicherungsamt auch dann Rechnung tragen, wenn ein verhältnismäßig hoher Betrag gefordert wird. Es tut dies leider nicht.

In der Natur der Sache liegt, daß die meisten Streitfälle vor dem Reichsversicherungsamt erledigt wurden. Von den Unfallsachen waren es 1915. Von den verbleibenden 36 wurden 31 im Berufungs- und 5 im Einspruchsverfahren endgültig erledigt. Streitjachen, die von uns schon im Berufungs- oder Einspruchsverfahren bearbeitet waren und dann in die Rekursinstanz gingen, wurden nur einmal, und zwar als Rekursjache gebucht.

Wie sich die verschiedenen Streitfälle auf die einzelnen Versicherungssträger verteilen, geht aus der nebenstehenden Tabelle hervor. Die Fälle, die die Unfallversicherungsanstalten der See- und der Baugewerks-Berufsgenossenschaften angingen, sind dabei den betreffenden Berufsgenossenschaften zugezählt worden. Wenn in der Tabelle 29 Fälle mehr angeführt wurden als vorn, so erklärt sich die Differenz aus dem Umstande, daß in 29 Fällen von beiden Parteien Rekurs eingelegt worden ist. Aus der Tabelle ist auch zu ersehen, wie die einzelnen Fälle erledigt wurden. Erläuternd sei dazu angeführt, daß unter den Fällen, die „in anderer Weise“ erledigt wurden, solche zu verstehen sind, die ihre Erledigung durch Zurückverweisung an die Vorinstanzen oder durch Anerkennung des Anspruchs durch die Versicherungssträger fanden.

Invalidentagen.

Weil in Invalidentrentenstreitjachen nur die Revision zulässig ist, wird von vornherein die Tätigkeit des Central-Arbeitersekretariats auf diesem Gebiete

Bezeichnung der Berufs-genossenschaft	Dem Rekurse der Berufs-genossenschaft wurde			Dem bezw. der Rekurse des Verletzten wurde			Beratung	Erledigt in anderer Weise	Zugezählt		
	hatte gegeben	teilw. hatte gegeben	nicht hatte gegeben	hatte gegeben	teilw. hatte gegeben	nicht hatte gegeben					
Anspychaft	6	3	19	—	36	24	217	1	4	1	311
Steinbruch	2	—	4	—	6	2	28	1	1	—	89
Feinmechanik und Elektrotechnik	5	1	9	—	6	2	21	1	—	—	45
Südd. Eisen u. Stahl	11	2	23	—	16	2	43	—	1	—	96
Südwestf. Eisen	—	—	2	—	—	1	4	—	—	1	8
Rh.-Westf. Hütten- u. Walzwerk	1	—	2	—	8	3	19	—	—	—	34
Maschinenbau- und Kleinmetallindustrie Sächs.-Thür. Eisen u. Stahl	8	2	7	1	15	8	98	—	1	2	82
Nordöstl. Eis. u. Stahl	10	—	13	1	8	2	82	—	—	1	67
Schlef. Eisen u. Stahl	1	—	6	—	5	1	21	1	—	—	35
Nordw. Eisen u. Stahl	1	—	—	—	4	1	13	—	—	—	29
Süddeutsche Edel- u. Uebelmetall	6	—	13	1	14	2	31	—	—	—	67
Nordb. Metall	—	1	4	—	2	—	7	—	—	—	14
Rußlinsdr.-Industrie	1	—	—	—	3	—	7	—	—	—	11
Glas	1	—	5	—	2	—	2	—	—	—	3
Lötherei	1	2	—	—	1	—	4	1	—	—	13
Regerei	7	1	18	2	7	—	25	1	—	—	10
Chemische Industrie	1	—	4	—	4	4	32	2	—	—	61
Gas- u. Wasserwerke	—	—	3	—	4	—	4	—	—	1	47
Leinen	—	1	1	—	2	—	1	—	1	—	12
Norddeutsche Textil	1	—	2	—	1	—	10	—	—	—	6
Süddeutsche Textil	—	—	2	—	1	—	3	—	—	—	14
Rhein.-Westf. Textil	1	—	—	—	—	—	2	—	—	—	6
Schlesische Textil	—	—	—	—	2	—	2	1	—	—	3
Seiden	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	5
Papiermacher	3	—	5	—	3	2	11	—	—	—	2
Papierverarbeitung	1	—	2	—	2	2	7	—	—	—	24
Lederindustrie	1	—	—	1	—	1	10	—	—	—	14
Norddeutsche Holz	10	1	19	—	8	3	47	—	3	—	18
Südwestdeutsche Holz	2	—	7	—	1	2	9	—	—	—	91
Müllerei	—	—	—	—	2	2	13	—	—	—	21
Nahrungsmittelind.	2	—	14	—	3	1	12	1	—	1	17
Zucker	1	1	4	—	1	—	5	1	—	—	34
Möllerei u. Brennerei	1	—	—	—	1	1	1	—	—	—	12
Brauerei u. Mälzerei	7	2	13	1	11	1	48	1	2	—	3
Tabak	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	81
Bekleidungsindustrie	2	1	2	—	—	—	4	—	—	—	1
Hamburg. Baugewerk	2	1	—	—	2	—	6	—	—	—	9
Nordöstl. Baugewerk	2	1	5	1	7	4	31	—	—	1	11
Schlesisch-Polensche Baugewerk	—	—	2	—	2	2	10	2	—	—	52
Hannov. Baugewerk	1	—	5	1	3	2	15	—	—	—	18
Magdeb. Baugewerk	3	—	13	—	4	1	10	—	—	1	27
Sächsische Baugewerk	3	2	3	—	2	—	15	1	—	—	32
Thüring. Baugewerk	—	—	—	—	4	1	—	—	—	—	26
Hessen-Rh. Baugew.	8	—	4	1	7	—	25	2	—	1	5
Rh.-Westf. Baugewerk	4	—	3	—	7	4	19	—	1	1	43
Südwestf. Baugewerk	16	4	17	—	4	1	15	—	—	—	39
Deutsche Buchdrucker	1	1	3	1	1	—	5	—	—	1	57
Strassen- u. Kleinbahn	2	—	1	1	1	—	2	—	2	—	13
Privatbahn	—	—	—	—	1	—	2	—	—	—	9
Lagererei	2	1	7	—	14	3	41	—	1	2	3
Fuhrwerk	3	—	2	—	5	1	9	—	2	—	71
Westf. Binnenschiff	1	—	—	—	1	1	1	—	—	—	22
Eibischiffahrt	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	4
Ostf. Binnenschiffahrt	—	—	1	—	1	—	2	—	—	—	2
See	1	—	—	—	—	—	2	—	—	—	4
Ziefbau	7	1	17	—	1	—	31	—	—	1	3
Fleischerei	—	—	1	—	5	1	1	—	—	—	58
Schmiede	1	—	3	—	—	—	4	—	—	—	8
Staatliche Aus-führungsbehörden	2	—	1	—	2	—	9	—	—	—	8
Kommunale Aus-führungsbehörden	—	—	—	—	2	—	2	1	—	—	14
Landwirtschaft	5	—	16	1	21	5	56	4	—	6	5
Summa	158	30	308	13	275	95	1043	22	19	22	1980

eingeeengt. Auch in diesem Jahre mußte, weil die Revisionsgründe fehlten, bei einer größeren Anzahl der eingefandten Sachen es abgelehnt werden, die Revision überhaupt einzulegen oder zu vertreten. Abgelehnt wurde von den erledigten 140 Sachen die

Wahlen um die für die Versicherungsbehörden, die in den Streitfällen der Versicherung Recht zu sprechen haben. Diese Rechtsprechung kann auch nur befruchtet und von wirklichem sozialen Geist durchdrungen werden, wenn sie von Leuten geübt wird, die sich ihr mit Eifer und Willen widmen.

Jahresbericht der Unterstützungsvereinigung für das Jahr 1913.

Der Unterstützungsvereinigung sind im Jahre 1913 neu hinzugegetreten 430 Mitglieder. Von den Eingetretenen waren ihrer Berufsstellung nach 292 Gewerkschaftsangeestellte, 38 Expedienten, 20 Parteiangestellte, 19 Buchhandlungs- und Kontorangestellte, 17 Redakteure, 10 Berichterstatter, 9 Geschäftsführer, 8 Krankenkassenangestellte, 8 freie Schriftsteller, 5 Arbeitersekretäre und 4 Angestellte anderer Arbeitervereinigungen. Ausgeschlossen wegen restierender Beiträge wurden 13 Mitglieder; wegen Berufswechsels schieden 68 aus. Von den Ausgeschiedenen waren 58 Gewerkschaftsangeestellte, 7 Expedienten, 6 Redakteure, 3 Buchhandlungsangestellte, 2 Berichterstatter, 2 Geschäftsführer, 1 Arbeitersekretär, 1 Parteiangestellter und 1 freier Schriftsteller.

Durch den Tod verlor die Vereinigung 29 Mitglieder, und zwar die Gewerkschaftsangestellten Sähnlein, Koch, Hiddessen, Fugger, Schwojer, Ohm, Bartels, Remshagen, Schletter, Müller, Melcher, Schröder; die Expedienten Lichtenberg, Ziegler, Brandt, Heine, Werner, Heimann, Straub; die Redakteure Leopold, Zietzsch, Gewehr, Schröder, Niem; die Arbeitersekretäre Götze, Helmig; den Kontorangestellten Troost; den Geschäftsführer Schmid und den Krankenkassenangestellten Wolf.

Der Mitgliederbestand ist nunmehr auf 3617 gestiegen gegen 3297 im Vorjahre, mithin eine Zunahme von 320.

Auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt sich die Mitgliederzahl wie folgt:

	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Arbeitersekret.	31	38	48	74	86	105	111	121	134	143	153	155
Part.-Angest.	1	3	10	17	39	58	75	86	99	111	131	150
Berichterst.	19	23	26	28	31	40	47	53	53	58	70	78
Polit. Redakt.	114	123	141	158	185	205	225	235	243	273	281	297
Buchhandl.-Angestellte u. Kontorist	14	17	20	24	41	57	71	81	93	110	122	137
Expedienten	57	71	94	108	145	185	204	224	257	284	305	329
Geschäftsf.	30	39	45	49	61	77	101	102	107	113	126	132
Gewerksch.-Angestellte	111	268	363	549	747	1039	1267	1448	1599	1718	1937	2159
Krankenkass.-Angestellte	27	49	53	57	64	74	82	91	92	95	100	107
Schriftsteller	29	28	29	31	33	31	32	33	40	43	48	55
Angest. and. Arbeiterber.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24	28
Summa	438	659	829	1095	1432	1871	2215	2474	2717	2948	3297	3617

An Unterstützungen kamen im Jahre 1913 hinzu: 10 900 Mf. Jahresrente für 20 Witwen, nachträgliche Gewährung der Rente an die Hinterbliebenen eines Mitgliedes in Berlin 800 Mf., an die Witwe eines verstorbenen Mitgliedes in Hamburg 800 Mf.; 3150 Mf. Kinderrente für 38 Kinder, 4500 Mf. für 5 invalide Mitglieder und 300 Mf. Waisenrente für 9 Waisen.

Von den laufenden Witwenrenten wurden zwei durch Wiederverheiratung der Unterstützungsempfängerin abgelöst, zwei Witwen starben im Jahre 1913.

Den Hinterbliebenen von 4 Mitgliedern konnte eine Unterstützung nicht gewährt werden, da die Verstorbenen erst kurze Zeit der Vereinigung angehört und die im Statut festgelegte Karenzzeit nicht zurückgelegt hatten, 5 Mitglieder hinterließen keine Angehörigen.

Ueber die Belastung der Kasse durch die laufenden Unterstützungsfälle gibt die obere Tabelle auf S. 295 Aufschluß.

Die Vereinigung gewährte am Jahreschluß an 106 Witwen 58 300 Mf. Jahresrente und an 142 Kinder 10 600 Mf. Kinderrente; an 14 Kinder 700 Mf. Waisenrente und an 16 Invaliden 14 400 Mf. Invalidenrente. Unter die Rubrik Waisenrente sind auch die Kinderrenten mit einbezogen, die für die Kinder der wiederverheirateten Frauen, deren Rente abgelöst ist, gezahlt wurden.

Mit den tatsächlichen Ausgaben für 1913 kann die Aufstellung nicht übereinstimmen, da die Renten teilweise nicht vom Beginn des Jahres liefen oder bei den Invaliden früher eingestellt wurden. Die Tabelle stellt nur die am Schluß eines jeden Jahres vorhandene Verpflichtung der Kasse, d. h. die laufenden bewilligten Renten dar. Die buchmäßige Ausgabe für Witwen- und Kinderrente betrug im Geschäftsjahr 65 430,20 Mf., für Waisenrente 800 Mf. und für Invalidenrente 15 869,05 Mf.

Von den Invalidenrentenempfängern sind 7 im Jahre 1913 gestorben. Die Zahl der Invaliden betrug am Ende des Geschäftsjahres 16. Bei einem Invaliden ist die Rente vorläufig eingestellt, da dem Betreffenden aus einer anderen Kasse eine Rente zugesprochen wurde, die 80 Proz. seines letzten Einkommens übersteigt.

Ueber die Gehalts- und Rentenbezüge der Invaliden gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Beruf	Das invalide Mitglied bezog zuletzt Gehalt oder Einkommen als freier Schriftsteller	Erfährt einen Teil des Gehalts fortgezahlt	Erfährt monatliche Invaliden- oder Altersrente	Erfährt Invalidenrente von der Gewerkschaft	Erfährt aus der Unterstützungsvereinigung
Part.-Angest.	Mf. 1800,—	Mf. *180,—	Mf. 158,—	Mf. —	Mf. 900,—
Gew. "	1800,—	—	198,—	—	900,—
Krnf. "	1800,—	—	178,—	—	900,—
Gew. "	2600,—	867,—	246,—	—	900,—
Part. "	3000,—	—	234,—	730,—	900,—
Gew. "	3200,—	—	222,—	—	900,—
Part. "	1800,—	—	240,—	—	900,—
" "	2900,—	*285,—	—	—	900,—
Gew. "	2000,—	—	227,40	—	900,—
" "	2800,—	—	208,—	—	900,—
Schriftsteller.	3500,—	—	—	455,—	900,—
Part.-Angest.	2500,—	1200,—	—	—	900,—
Krnf. "	2760,—	—	—	—	900,—
" "	2400,—	—	—	—	900,—
Gew. "	2600,—	—	345,60	—	900,—
" "	2640,—	—	—	—	900,—

* Einkommen als freier Schriftsteller.

Jahr	Zahl der Witwen mit		Zahl der Witwen, die		Jahresbetrag der Witwenunterstützung Mk.	Zahl der Kinder mit		Jahresbetrag der Kinderunterstützung Mk.	Zahl der Waisen	Jahresbetrag der Waisenunterstützung Mk.	Zahl der Invaliden mit		Zahl der Invaliden, die		Jahresbetrag der Invalidenunterstützung Mk.
	voller	halber	gestorben	berufstätig		voller	halber				voller	teilweis.	gestorben	erwerbsfähig	
1903	3	—	—	—	1 800	5	—	500	—	—	—	—	—	—	—
1904	7	—	1	—	4 200	20	—	1 400	—	—	—	—	—	—	—
1905	12	—	—	—	7 200	27	—	1 900	—	—	—	—	—	—	—
1906	17	3	—	—	11 100	35	—	2 700	—	—	—	—	—	—	—
1907	20	4	2	—	13 200	39	—	2 700	1	200	3	—	—	—	2 700
1908	30	3	—	2	18 900	45	—	3 400	2	250	3	—	1	—	2 700
1909	38	8	—	1	25 200	57	16	5 400	6	600	5	—	—	—	4 500
1910	48	13	—	1	32 700	79	34	7 750	6	600	13	—	—	—	11 700
1911	59	15	—	—	39 900	80	35	7 900	5	400	15	—	1	1	13 500
1912	72	16	—	1	48 000	85	39	8 450	5	400	17	2	3	—	16 428
1913	88	18	2	2	58 800	101	41	10 600	14	700	16	—	7	—	14 400

Die Verpflichtungen der Vereinigung sind in den Jahren wie folgt gestiegen: Es wurden gezahlt an

Witwen- und Kinderrente:

Im Jahre 1908	716,55 Mk.
" " 1904	3 109,30 "
" " 1905	8 095,55 "
" " 1906	11 219,90 "
" " 1907	15 575,70 "
" " 1908	19 530,64 "
" " 1909	27 135,65 "
" " 1910	34 989,90 "
" " 1911	48 575,25 "
" " 1912	52 389,45 "
" " 1913	65 430,20 "

Sterbegeld:

Im Jahre 1908	600,— Mk.
" " 1904	1 200,— "
" " 1905	1 200,— "
" " 1906	1 800,— "
" " 1907	1 800,— "
" " 1908	2 200,— "
" " 1909	3 400,— "
" " 1910	3 400,— "
" " 1911	3 200,— "
" " 1912	3 600,— "
" " 1913	5 400,— "

Invalidenrente:

Im Jahre 1907	1 275,— Mk.
" " 1908	2 700,— "
" " 1909	3 000,— "
" " 1910	6 975,— "
" " 1911	12 000,— "
" " 1912	15 352,80 "
" " 1913	15 869,05 "

Waisenunterstützung:

Im Jahre 1907	165,65 Mk.
" " 1908	200,— "
" " 1909	375,— "
" " 1910	600,— "
" " 1911	429,20 "
" " 1912	697,50 "
" " 1913	800,— "

Für das kommende Geschäftsjahr muß die Kasse nach den obigen Aufstellungen mit einer aus dem Jahre 1913 übernommenen Gesamtbelastung an Witwen-, Waisen- und Invalidenrenten im Betrage von 84 000 Mk. rechnen. Nach den bisherigen Er-

fahrungen läßt sich eine Steigerung auf 95 000 Mk. im Jahre 1914 annehmen. Mit den Verwaltungskosten, Beitragsrückzahlungen und Sterbegeld ist ein weiterer Betrag von rund 15 000 Mk. in Ansatz zu bringen, so daß die Gesamtausgabe auf 110 000 Mk. zu veranschlagen ist.

Das Vermögen der Vereinigung ist auf 1 131 902,64 Mk. angewachsen. Die Wertpapiere sind in der Vermögensübersicht zum Börsenkurs Anfang des Jahres 1914 eingesetzt. Im Laufe des verfloßenen Geschäftsjahres sind mehreren Baugenossenschaften Hypotheken an erster Stelle übergeben und zwei größere Hypotheken Parteionternehmungen zur Verfügung gestellt. Die im Jahre 1914 noch aus den laufenden Einnahmen zur Verwendung kommenden Geldbeträge sind bereits jetzt für Hypothekenanlagen festgelegt. Der rechnungsmäßige Ueberschuß von 201 891,27 Mk. mit dem Kassenbestand von 5742,47 Mk., in Summa 207 633,74 Mk., ergibt den Jahresüberschuß.

Der Vorstand hat im Jahre 10 Sitzungen abgehalten, die sich im wesentlichen mit der Beschlußfassung über Unterstützungsanträge beschäftigten. Im Verein mit dem Ausschuß hat der Vorstand das Recht, die Mitgliedschaft zu erwerben, dahin erweitert, daß die Angestellten des Arbeiter-Athletenbundes der Vereinigung beitreten können. Infolge früherer Beschlüsse ist ferner den Angestellten folgender Vereine der Beitritt zur Vereinigung gestattet: Arbeiter-Radfahrerbund, Arbeiter-Turnerbund, Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund, Berliner Freie Volksbühne und Verband der Freien Gast- und Schankwirte.

Da bei Einrichtung der Verwaltung der „Volksfürsorge“ vielfach Angestellte der Gewerkschaft oder der Partei ihre Stellung wechselten, so hat der Vorstand eine Vereinbarung mit dem Vorstande der „Volksfürsorge“ getroffen, deren Wortlaut im Jahrgang 1913 des „Correspondenz-Blattes“, S. 556, veröffentlicht ist.

Kassenbericht für das Geschäftsjahr 1913.

Einnahme.

Kassenbestand vom 4. Quartal 1912 . . . 3 232,25 Mk.
Mitgliederbeiträge:

1. Quartal	60 558,— Mk.	
2. " "	57 702,— "	
3. " "	62 310,— "	
4. " "	71 802,— "	252 372,— "